



EUROPABRIEF

Hermann Winkler Dr. Peter Jahr
Mitglieder des Europäischen Parlaments



EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 5 – September 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ende der parlamentarischen Sommerpause markiert in der Regel den Auftakt einer intensiven und arbeitsreichen Herbst- und Winterzeit. Das ist auch in diesem Jahr wieder der Fall. So standen in der vergangenen Plenarwoche bereits einige wichtige Dossiers auf der Tagesordnung. Neben dem Entwurf des EU-Haushalts für das Jahr 2015 und Debatten über die Vollendung des digitalen Binnenmarkts sowie den UN-Klimagipfel in New York, wurde der Fokus besonders auf außenpolitische Themen gerichtet.

Ob nun die Ukraine, Israel, Syrien oder der Irak — die weltweiten Krisenherde lassen uns Europäer nicht unberührt und erfordern ein noch geschlosseneres und bedachteres Handeln der Gemeinschaft. In der vergangenen Woche haben wir unter anderem die Konsequenzen des russischen Importverbots auf die EU-Landwirtschaft genauer unter die Lupe genommen. Lesen Sie dazu mehr in unserem Standpunkt. Außerdem haben wir die Sicherung der Waffenruhe zwischen Israel und Palästina gefordert und die Gräueltaten der IS-Milizen in Syrien und im Irak auf das Schärfste verurteilt. Ferner haben wir diskutiert, wie wir der weiteren Ausbreitung der Ebola-Epidemie in Westafrika Einhalt gebieten können.

Die Debatten haben uns wieder einmal vor Augen geführt, dass wir nur dann einen wirkungsvollen Einfluss ausüben können, wenn wir mit einer Stimme sprechen und eine gemeinsame außenpolitische Strategie verfolgen. Wie leicht wir dabei an unsere Grenzen stoßen, zeigt nicht zuletzt das europäische Vorgehen im Ukraine-Konflikt. In dieser Hinsicht steht vor allem die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini vor sehr hohen Herausforderungen.

Es grüßen Sie herzlich aus Brüssel



SCHLAGLICHTER

Europa aktuell

Mehr Gerechtigkeit für
Genossenschaftsbanken
und Sparkassen

Parlament prüft neue
Kommissare

Neues Programm
„Erasmus+ Jugend in
Aktion“ läuft an

Standpunkt
Embargo und die Folgen

Sachsen & Europa

Terminvorschau

Impressum

Hermann Winkler MdEP und Dr. Peter Jahr MdEP
Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel
Telefon: +32 228 37306 und +32 228 47195

www.hermann-winkler.eu und www.peter-jahr.de

E-Mail: hermann.winkler@europarl.europa.eu und peter.jahr@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Europa aktuell

Mehr Gerechtigkeit für Genossenschaftsbanken und Sparkassen

Im April dieses Jahres beschloss das Europäische Parlament die Bankenunion und setzte damit ein Zeichen gegen die von Großbanken ausgelöste Finanzkrise. Ab dem 4. November wird die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über die systemrelevanten Euroraum-Banken übernehmen. Des Weiteren wird es einen so genannten Bankenabwicklungsfonds geben, der von den Banken selbst gefüllt wird und die Geldhäuser stützt, wenn sie in eine finanzielle Schieflage geraten oder insolvent werden. Dieses neue Instrument soll vor allem den Steuerzahler entlasten. Offen war bisher noch die Frage, welche Bank wie viel einzahlen soll. Jetzt hat die Europäische Kommission eine Berechnungsmethode vorgelegt, mit welchen Anteilen dieser 55 Milliarden Euro Notfalltopf gefüllt werden soll. Doch der aktuelle Vorschlag stößt bei uns deutschen Europaabgeordneten auf breiten Widerstand. So sollen nach der Idee der EU-Kommission auch mittelgroße Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als einer Milliarde Euro zur Kasse gebeten werden. Zu diesen kleineren Instituten gehören in Deutschland die Mehrheit der Sparkassen und jede fünfte Genossenschaftsbank. Großbanken werden damit massiv begünstigt, denn im Zweifel profitieren nur sie vom Abwicklungsfonds. Wir sagen ganz klar: Nicht die mittelgroßen Kreditinstitute mit eigenen Sicherungssystemen und stabilem Geschäftsmodell gehören zu der Risikogruppe der systemrelevanten Banken, bei deren Schieflage auch alle anderen mitgerissen werden könnten. Sie sollten daher auch nicht zu den Zahlmeistern der EU-Bankenabwicklung gemacht werden! Vielmehr sollten die Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken beitragsmindernd anerkannt werden. Wir werden uns in den laufenden Verhandlungen für mehr Gerechtigkeit im Bankenabwicklungsfonds einsetzen.

Parlament prüft neue Kommissare

Der designierte neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat Anfang September seine Vorschläge für die Neubesetzung der insgesamt 28 Kommissarsposten unterbreitet. Neben den Gesichtern der Kommissare sollen sich auch die Arbeitsstrukturen innerhalb der Kommission ändern. So soll der Kommissionspräsident künftig von einem Kollegium aus insgesamt sieben Vizepräsidenten unterstützt werden. Die Vizepräsidenten sollen in verschiedenen Projektteams jeweils die Arbeit einer Reihe von Kommissaren leiten und koordinieren. Diese Projektteams sollen für Themenbereiche wie „Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit“, „Digitaler Binnenmarkt“ oder „Energieunion“ zuständig sein. Der Niederländer Frans Timmermans ist als designierter erster Vizepräsidenten und rechte Hand Junckers für eine ganz besondere Rolle vorgesehen. In Timmermans Aufgabenbereich sollen insbesondere Fragen der besseren Rechtsetzung fallen. Durch die Schaffung dieses neuen Postens soll sichergestellt werden, dass jeder Gesetzesvorschlag der Kommission auch wirklich erforderlich ist und tatsächlich nur auf Ziele ausgerichtet ist, die nicht besser durch die Mitgliedstaaten erreicht werden können. Der bisherige Energiekommissar Günther Oettinger soll in Zukunft als Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft unter anderem für die Reform des Urheberrechts verantwortlich sein. Die digitale Entwicklung wird in den kommenden Jahren entscheidend sein für Europas Weg aus der Krise und für mehr Wachstum und Beschäftigung. Bevor die neue Kommission ihre Arbeit aufnimmt, müssen die designierten Kommissare jedoch noch eine letzte Hürde überwinden. Ab dem 29. September stellen sich die Kandidaten in den thematisch betroffenen Ausschüssen des Parlaments einer intensiven Befragung durch die Abgeordneten. Im Verlauf der Anhörungen sollen die Expertise und die Kompetenz der Kandidaten bewertet werden. Nach diesen Anhörungen entscheiden die Abgeordneten, ob sie der neuen Kommission die Zustimmung geben. Die endgültige Abstimmung über die gesamte neue Kommission ist für den 22. Oktober vorgesehen. Die Anhörungen der Kandidaten können Sie im Live-Stream auf der Internetseite unter folgendem Link verfolgen: <http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Neues Programm „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“ läuft an

Mehr Europa in der Kinder- und Jugendhilfe: Das ist das Ziel des neuen EU-Programms „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“. Junge Menschen zwischen 13 und 30 Jahren sollen über das Programm wichtige Schlüsselkompetenzen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung erlangen. Gefördert werden grenzüberschreitende Begegnungen zwischen Jugendlichen, die unter anderem zu einer stärkeren Beteiligung am demokratischen Leben in Europa und zu einer besseren Vorbereitung auf das Berufsleben beitragen sollen. Die Priorität des Programms liegt auf der Teilnahme von Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf. Weiterführende Informationen zu Teilnahmebedingungen und Antragstellung finden Sie unter:



<https://www.jugend-in-aktion.de/ueber-das-programm/erasmus-plus-jugend-in-aktion/>

Embargo und die Folgen

Für die europäischen Apfel-Bauern hätte 2014 ein großartiges Jahr sein können. Der Wetter-Mix, der vielen anderen im Frühjahr und Sommer zu schaffen machte, war für die Früchte optimal: So viele Äpfel wie schon lange nicht mehr wurden in diesem Jahr geerntet. Doch das ist schon das Ende der guten Nachricht. Denn die Bauern bleiben in diesem Jahr auf ihren Äpfeln sitzen. Grund dafür ist das Russland-Embargo. Darunter haben, das zeigen Gespräche auf der Straße im Vorfeld der Sachsen-Wahl, viele Bürger falsche Vorstellungen. Nicht Europa verhindert, dass europäische Produkte nach Russland ausgeführt werden. Sondern Russland selbst griff im Zuge der Ukraine-Krise zu drastischen Mitteln. Mit immer neuen und fast immer fadenscheinigen Begründungen verhindern die Beamten in Putins Reich, dass Obst aus der Europäischen Union in Russland eingeführt wird.

Dass dies faktisch einem Einfuhrverbot gleich kommt, bestreitet die russische Regierung nicht einmal. Denn Europa soll an einer empfindlichen Stelle getroffen werden – an der Exportdividende. Für die Bauern aber ist das eine Katastrophe. Darum war es mir von Anfang an wichtig, dass die EU-Kommission die vom Einfuhrverbot betroffenen Betriebe für ihre Einkommenseinbußen entschädigt – und Anfang September gab die Kommission dazu auch grünes Licht. Zu Recht erklärte man, alle zur Verfügung stehenden Instrumentarien auszuschöpfen, um die durch das Embargo verursachte Marktsituation zu entlasten. Damit aber sind eben nicht nur die bisher ergriffenen Sofortmaßnahmen in Höhe von 125 Millionen Euro gemeint. Nötig sind auch Einkommensbeihilfen und Konsolidierungsmaßnahmen – Instrumente, die die EU-Mitgliedsstaaten nun schnellstmöglich in Gang bringen sollten.

Letztlich sind all diese Mittel dringend nötig, denn wir dürfen nicht vergessen, dass es sich um eine politisch verursachte Krise und keine normale Marktstörung handelt: Aus diesem Grund sollten die Finanzmittel auch nicht nur aus dem Agrarhaushalt kommen, sondern müssen durch den EU-Gesamthaushalt finanziert werden. Mittlerweile ist auch davon auszugehen, dass die Wirkungen des Embargos alle Sektoren der Landwirtschaft betreffen werden. Dass die Abgeordneten im Agrarausschuss des Europaparlamentes, wo über dieses Thema lebhaft diskutiert wurde, mehrheitlich darin übereinstimmten, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen werden, ist ein gutes Zeichen für die Obstbauern, die dringend unsere Unterstützung brauchen.

In diesem Zusammenhang ist es auch nötig, über das schon lange aufgelegte und nur lückenhaft angewandte Schulobst- und Schulmilch-Programm zu sprechen. Ich stand diesem Programm bisher kritisch gegenüber, weil es einen viel zu hohen bürokratischen Aufwand mit sich bringt – weshalb es beispielsweise in Sachsen auch nicht genutzt wird. Vor dem Hintergrund der jetzigen Krise aber wird das Schulobst- und Schulmilch-Programm wieder eine Option: Wenn es gelingt, das Vorhaben schnellstmöglich zu entbürokratisieren, damit es für alle Bundesländer attraktiv wird, dann wäre solch ein Programm für die betroffenen Obstbauern mehr als nur ein Tropfen auf den heißen Stein.



„Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich um eine politisch verursachte Krise und nicht um eine normale Marktstörung handelt.“

Dr. Peter Jahr

Europa & Sachsen

Ostsächsische Sparkasse Dresden informierte sich in Brüssel über Bankenunion

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden informierten sich am 9. September 2014 in Brüssel über die geplante Bankenunion und deren Auswirkungen auf die sächsischen Sparkassen. Neben Fachgesprächen beim europäischen Büro des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) und mit EU-Kommissar Günther Oettinger, durfte ein Besuch bei Hermann Winkler im Europäischen Parlament nicht fehlen. Denn im Frühjahr hatte das Parlament mit breiter Mehrheit einheitliche Regeln zur Abwicklung und Sanierung von Banken verabschiedet. Hermann Winkler berichtete nicht nur von den aktuellen Entwicklungen im Bankensektor, sondern legte auch dar, wie es gelingen kann, sächsische Interessen in die parlamentarische Arbeit auf europäischer Ebene einzubringen. Dabei versicherte Hermann Winkler den Sparkassen noch einmal seine Unterstützung für mehr Gerechtigkeit in der Debatte um die Befüllung des europäischen Abwicklungsfonds.



Hermann Winkler, MdEP begrüßt seine Gäste der Ostsächsischen Sparkasse Dresden im Europäischen Parlament, darunter die Dresdner OB Helma Orosz und Vorstandschef Hof (Mitte).

Peter Jahr auf Exkursion mit Land-Union Sachsen



Dr. Peter Jahr, MdEP (links) in der Gefäß- und Versuchsstation des LfULG

Verbunden mit der Landesvorstandssitzung der Land-Union Sachsen besuchte Dr. Peter Jahr als Vorsitzender der Land-Union Mitte September das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie in Nossen. Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen informierte sich Peter Jahr über Profil, Aufgaben und Projekte der Einrichtung. Fachlich besonders interessant war dabei die Gefäß- und Versuchsstation des Landesamtes sowie dessen Saatgutlabor, das weit über Sachsens Grenzen hinaus bekannt ist. Auch die immense Aufgabenfülle des Landesamtes beeindruckte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Darüber schloss sich abschließend auch der Kreis nach Brüssel: Denn alle waren sich einig, dass die EU auch weiterhin stark gefordert ist, wenn es um die Weiterentwicklung des Ländlichen Raumes geht.

SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen auf der Website oder auf Anfrage.

- 25.09.2014** Kommunalpolitischer Abend des Sächsischen Städte- und Gemeindetages mit Dr. Peter Jahr im Hotel Lindenhof in Holzgau
- 26.09.2014** Redebeitrag von Dr. Peter Jahr zur Festveranstaltung zum 250. Gründungstag der Leipziger Ökonomischen Societät
- 26.09.2014** 17. Sächsisches Landeserntedankfest mit Dr. Peter Jahr in Zwönitz
- 01.10.2014** Podiumsdiskussion mit Hermann Winkler beim Dachkonvent des deutschen Dachdeckerverbands in Leipzig
- 03.10.2014** Informationsstand von Hermann Winkler zum Bürgerfest am Goldenen Reiter in Dresden
- 03.10.2014** Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag mit Dr. Peter Jahr
- 04.10.2014** Europäische Kirmes mit Hermann Winkler im sächsisch-polnisch-tschechischen Dreiländereck in Kopaczów (PL)
- 27.10.2014** Vortrag von Dr. Peter Jahr zum Transatlantischen Investitions- und Freihandelsabkommen am Ellsworth Community College, Iowa, USA
- 28.10.2014** Podiumsdiskussion mit Hermann Winkler zum Thema "Stadt der Zukunft! Stadt der Mobilität?" im Rahmen der Messe euregia in Leipzig

Sie möchten den Europabrief regelmäßig per E-Mail erhalten? Melden Sie sich an unter:

<http://www.hermann-winkler.de/de/Buergerbiref/anmelde-formular>